



ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE KANTONSPOLIZEI

Berichterstattungspflicht eingebaut

Das Gesetz schafft die Rechtsgrundlage für polizeiliche präventive verdeckte Ermittlungen und die Vornahme von Observationen, um Straftaten zu verhindern. Es enthält Bestimmungen über den Einsatz von Bild- und Tonaufzeichnungen bei Veranstaltungen zur Beweissicherung, sowie Bestimmungen über den Umgang der Polizei mit häuslicher Gewalt und die Anpassung der Dauer des Rückkehrverbots von 10 auf maximal 14 Tage.

Spannungsfeld – Freiheit und Sicherheit

Das vom Regierungsrat beschlossene kantonale Bedrohungsmanagement erhält mit der Gesetzesänderung die notwendige Rechtsgrundlage. Es ist das erklärte Ziel, durch frühzeitiges Erkennen von bedrohlichem Verhalten und dank eines ämterübergreifenden Fallmanagements schwere Gewalttaten zu verhindern. Das Gesetz bewegt sich jedoch im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit. Zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit ermöglicht es – teilweise massive – Eingriffe in die persönliche Freiheit des Einzelnen. Die SP-Fraktion steht präventiver Gefahrenabwehr kritisch gegenüber und hat die Gesetzesvorlage mit Blick auf die vorgesehenen präventiven Massnahmen kontrovers diskutiert. Sie kam jedoch zum Schluss, dass zum Schutze und im Interesse der Öffentlichkeit, sowie der potentiellen Opfer, nicht erst bei Vorliegen einer Straftat eingeschritten werden sollte, sondern bereits vorher zur Verhütung von Straftaten mehr unternommen werden muss. Mit dem Haftgericht ist eine richterliche Instanz vorgesehen, welche die angeordneten Massnahmen prüft und legitimiert.

Regierung kommt SP-Forderung nach

Im Kantonsrat hat die SP darauf hingewiesen, dass in den grundrechtssensiblen Bereichen, wie bei den präventiven Überwachungsmaßnahmen, mit Augenmass vorzugehen ist. In der Vernehmlassung hat sie zudem verlangt, dass Aufsichts- und Kontrollmechanismen eingebaut werden müssen, damit missbräuchliche Überwachungen und Datenbearbeitungen verhindert werden können. Der Regierungsrat ist dieser Forderung nachgekommen und hat im Gesetz eine entsprechende Berichterstattungspflicht über die angeordneten Massnahmen eingebaut. Lässt man präventive Gefahrenabwehr zu, ist es umso wichtiger, die zulässigen Massnahmen detailliert zu regeln, das Verhältnismässigkeitsprinzip zu konkretisieren und der Polizei einen gesetzlichen Rahmen zu geben, in dem sie sich bewegen darf. Mit dem vom Kantonsrat einstimmig genehmigten Kantonspolizeigesetz wurde diesen Erwartungen Rechnung getragen.

Die Zeit ist noch nicht reif

Den Antrag im Rat, dass auch gut integrierte Menschen ohne Schweizer Pass zur Ausbildung und Ausübung des Polizeiberufs zugelassen werden, hat die Fraktion unterstützt. Dieser wurde jedoch abgelehnt, die Zeit scheint dafür noch nicht reif zu sein.

Christine Bigolin
Kantonsrätin aus Aetigkofen
christine.bigolin@bluewin.ch



Littering – ein Gesellschaftsproblem

Hand aufs Herz liebe Leserin, lieber Leser, trägst Du immer jeden Abfall mit, bis Du einen Abfallkübel findest oder bis Du zuhause bist? Ja? Gratuliere! Trotzdem sehen wir jeden Tag Abfälle am Strassenrand und auf Plätzen liegen. Getränkedosen, Flaschen, Zigarettenpäckli und Fast-Food-Verpackungen verschandeln die Natur und das Ortsbild und verursachen Kosten für uns alle. Denn wir alle bezahlen mit unseren Steuern die Reinigung und Entsorgung. Die Pauschalverurteilung «Die Erziehung ist schuld», hört man sehr schnell. Aber ist es das? Sind nur Jugendliche und junge Erwachsene Abfallsünder? Oder ist es gar ein Immigrationsproblem? Sind es die Immigranten, die nicht wissen, dass man in der Schweiz den Abfall nicht liegen lässt? Weder noch! Die Litterer sind kreuz und quer durch alle Altersklassen, Nationalitäten und Gesellschaftsschichten anzutreffen.

Jeder ist mit sich selbst beschäftigt. Hat Stöpsel im Ohr und spielt mit dem Smartphone. Man ist auf sich selbst fixiert, was rundherum passiert, interessiert nicht. Also lässt man das leere Zigipäckli einfach fallen und wirft die McDonalds-Tüte aus dem Auto. Wer's wegräumt ist doch egal. Es gibt im Internet nützliche Ratgeber wie www.littering-toolbox.ch oder www.littering.ch. In vielen Schulen wird über Littering gesprochen und bei «Waldputzete» den Kindern das Problem direkt vor Augen geführt. Neben Prävention braucht es aber auch Repression. Im Kanton Solothurn können Littering-Sünder von der Polizei gebüsst werden. Es werden aber fast keine solchen Bussen verteilt, denn die Polizei setzt andere Prioritäten. Im Kantonsrat habe ich deshalb einen überparteilichen Vorstoss eingereicht, der neben der Polizei auch den Gemeinden die Kompetenz zur Erteilung von Littering-Bussen geben soll.

Hardy Jäggi, Gemeindepräsident
und Kantonsrat

hardy@hardyjaeggi.ch

MEIN
STAND
PUNKT



AUS DEM KANTONS RAT

Ausschalten von Leuchtreklamen
Leuchtreklamen, Schaufenster und das Anstrahlen von Gebäuden dienen Werbezwecken. Nach



01.00 Uhr, wenn nur noch wenige unterwegs sind, erfüllen sie ihren Zweck nicht. Sie verursachen aber einen erheblichen Stromverbrauch und stören Menschen, Tiere und Natur in der Nachtruhe. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn der Stromverbrauch verringert wird. Das Ausschalten von Leuchtreklamen, Schaufensterlampen und Gebäudebeleuchtungen bedeutet für niemanden eine Einschränkung, hilft aber, den Stromverbrauch zu senken. Die Regierung wird in einem Vorstoss beauftragt, die kantonalen Gesetze und Verordnungen dahingehend zu ändern, dass Leuchtreklamen, Schaufenster- und Gebäudebeleuchtungen (Strahler) sowie ähnliche Lichtquellen in der Nacht ausgeschaltet werden müssen, legt die Zeiten der Abschaltung (z. B. zwischen 01.00 und 05.00 Uhr) fest und bestimmt über Ausnahmen (z. B. für Unternehmen, die nach 01.00 Uhr noch geöffnet sind). Als angenehmer Nebeneffekt wird zudem die Lichtverschmutzung verringert.

Hardy Jäggi, Kantonsrat (Rechterswil)

Entlastung und Einsparungen durch Tagesstätten!

Viele pflegebedürftige Menschen werden zu Hause gepflegt und betreut. Angehörige sind häufig während 24 Stunden gefordert, um die Betreuung zu gewährleisten. Für viele Familien und Pflegebedürftige steht der Wunsch im Mittelpunkt, dass die ältere oder erkrankte Person so lange als möglich in ihrer vertrauten Umgebung und in der Familie eingebunden leben kann. Dies wirkt sich auch positiv aus auf die Kosten für die öffentliche Hand. Die Finanzierung eines Aufent-



halts in einem Pflegeheim käme viel teurer.

Tagesstätten (mit Tages- und/oder Nachtangeboten) dienen der Entlastung der Angehörigen, bieten eine Tagesstruktur mit verschiedenen Aktivitäten und fördern soziale Kontakte. Leider gibt es im Kanton Solothurn nur 90 solcher Plätze. Dies genügt nicht, vor allem wenn, wie in der Heimplanung 2020 aufgezeigt, der Eintritt in ein Pflegeheim erst bei grösserer Pflegebedürftigkeit erfolgen soll.

Darum ist die öffentliche Hand gefordert sich an den Kosten in Tagesstätten zu beteiligen und Verantwortung für die älteren, pflege- und betreuungsbedürftigen Menschen zu übernehmen. Darum hat die SP einen entsprechenden Auftrag eingereicht, der von der Regierung unterstützt wird, nicht aber von der bürgerlich dominierten vorbereitenden Sozial- und Gesundheitskommission. In einem ersten Schritt führt dies zu Mehrkosten. Wird aber die ganze Rechnung gemacht, können Pflegeheimkosten gespart werden, da der Heimeintritt gar nicht oder später erfolgt.

Fränzi Burkhalter-Rohner, Fraktionspräsidentin (Biberist)

Konkurrenzverbot? – und wo bleibt die Moral?

Die SP-Fraktion hat mit grossem Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass alt Regierungsrat Christian Wanner am 29. Juli (als amtierender Regierungsrat) zum Verwaltungsratspräsidenten der zur Waadtländer Spitalgruppe Genolier Swiss Medical Network SA gehörenden Solothurner Privatklinik Obach gewählt wurde und das Amt am 1. August angetreten hat. Somit hat Wanner über Nacht zur direkten Konkurrenz der kantonseigenen Solothurner Spitäler AG (soH) gewechselt. Als Finanzdirektor hat er, zusammen mit den anderen Regierungsräten, den Alleinaktionär (Kanton Solothurn) an der Generalversamm-



lung vertreten. Die Generalversammlung ist das oberste Organ der soH. Die Regierung war gefordert die Eignerstrategie zu planen. Dazu benötigten die Regierungsratsmitglieder, auch Wanner, ein grosses Sach- und Fachwissen. Mit diesem Insiderwissen wird der ehemalige Finanzdirektor nun die strategischen Entscheide der Privatklinik als deren Vorsitzender prägen. Für die SP gibt es in diesem Zusammenhang zwei Fragen, nämlich die der Moral und jene eines möglichen direkten Schadens für die kantonseigene Spitäler AG durch den Übertritt zur Konkurrenz. Die erste Frage können Aussenstehende nicht beantworten, weder die Regierung noch die Bevölkerung. Aber wir vermissen in dieser Angelegenheit jegliche Moral gegenüber dem langjährigen Arbeitgeber, dem Kanton Solothurn. Die SP-Fraktion hat deshalb einen Vorstoss eingereicht und möchte unter anderem wissen, wie dies der Gesamtregierungsrat beurteilt und ob dieser gedenkt, im Interesse des Kantons diesbezüglich verbindliche Regelungen, Vereinbarungen, Abmachungen oder allenfalls sogar ein Konkurrenzverbot vorzuschlagen.

Niklaus Wepfer, Fraktionssekretär

Online-Polizeiposten

Jährlich werden in der ganzen Schweiz rund 40000 Velodiebstähle gemeldet und viele weitere Anzeigen von Delikten (z. B. Sachbeschädigungen) gemacht. Oftmals handelt es sich für die Polizistinnen und Polizisten bei der Aufnahme am Schalter um Routinearbeiten mit relativ hohem Arbeitsaufwand. Dies bedeutet immer weniger Zeit für die effektiv notwendige Polizeiarbeit, nämlich die Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit. Durch die Möglichkeit, während 7 Tagen und 24 Stunden einen virtuellen Polizeischalter benutzen zu können, könnten die Bürgerfreundlichkeit erhöht und die Polizistinnen und Polizisten von adminis-



trativer Arbeit entlastet werden. Zudem würde durch die Reduktion von administrativen Arbeiten der Arbeitsdruck für die Polizistinnen und Polizisten abnehmen. So hätten diese mehr Zeit für ihre Kernaufgaben. Im Übrigen planen sechs Kantone die Einführung eines Online-Polizeipostens ab Oktober. Der Regierungsrat wird deshalb eingeladen zu prüfen, kantonal den Online-Polizeiposten einzuführen. Sollten dadurch die Bürgerfreundlichkeit erhöht sowie die Polizistinnen und Polizisten entlastet werden, ist die entsprechende Dienstleistung für geeignete Internetanzeigen so rasch wie möglich anzubieten.

Mathias Stricker, Kantonsrat (Bettlach)

Einhaltung von Normalarbeitsverträgen von Care-Migrantinnen

Seit dem 1. Januar 2011 ist der Normalarbeitsvertrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer



in der Hauswirtschaft in Kraft. Damit haben alle Hausangestellten, die mehr als fünf Stunden pro Woche in einem Privathaushalt arbeiten, ein Anrecht auf den Mindestlohn und Ferien, unabhängig davon, ob sie Reinigungsarbeiten erledigen, Wäsche besorgen, einkaufen, kochen oder bei der Betreuung von Kindern, Betagten und Kranken mithelfen. Unter diesen Normalarbeitsvertrag fällt auch die Beschäftigung von Care-Migrantinnen.

In der Antwort auf die Interpellation von Trudy Küttel Zimmerli (Olten, SP) vom 14. Dezember 2011 zum Thema «Care Migrantinnen – Lösung für das wachsende Betreuungs- und Pflegebedürfnis unserer betagten Menschen» hält der Regierungsrat fest, dass Kontrollen dieser Arbeitsverhältnisse durch das AWA durchgeführt werden. Jetzt ist es Zeit danach zu fragen und Auskunft über die Anzahl Arbeitsverhältnisse, Kontrollen und deren Ergebnisse sowie über allfällige weitere notwendige Massnahmen zu erhalten.

Luzia Stocker, Kantonsrätin (Olten)

PARTEITAG IN OLTEN VOM 29. AUGUST

SP will mehr Bildung und gerechte Löhne



Für die SP steht am 24. November eine wichtige Abstimmung vor der Tür, die 1:12-Initiative. Befürworter und Gegner kreuzten dazu in Olten die Klinge, und schenkten sich nichts. Die Delegierten fassten daraufhin eine eindeutige Parole. Zudem ist (politische) Bildung für die SP unverzichtbar, daher gründete sie die Willi Ritschard-Bildungs-Werkstatt (WRB).

Ja zur Änderung des kantonalen Gebührentarifs

Kantonsrat Simon Bürki empfahl den kantonalen Gebührentarif zur Annahme. Die Änderung wurde vor allem nötig, da einzelne Gebühren seit 30 Jahren nicht mehr angepasst wurden, aufgehoben werden können oder überhaupt nicht kostendeckend sind. Strittig war eigentlich nur die Gebühr für die nun mit einem Jagdlehrgang verbundene Jagdprüfung gewesen. Der Mehrwert rechtfertigt die Erhöhung von 300 auf 600 Franken. Die Delegierten entschieden sich hierauf diskussionslos für die Ja-Parole – und die Stimmbevölkerung sagte dazu am 22. September ebenfalls Ja.

SP will keine Lohnexzesse mehr

Für die SP ist die «1:12-Initiative» der Juso eine ganz wichtige Abstimmungsvorlage. Weil die Lohnexzesse viele Menschen wütend machen. Parteipräsidentin Franziska Roth veranschaulichte dies anhand einer persönlichen Begegnung: «Auch politisch nicht interessierte Personen wollen bei der 1:12-Initiative abstimmen gehen.» Die Initiative «1:12 – für gerechte Löhne» kommt am 24. November an die Urne. Das Streitgespräch zwischen David Roth, Präsident der Juso Schweiz, und Stefan Brupbacher, Generalsekretär der FDP Schweiz, zeigte, dass

die angenommene Abzocker-Initiative einiges bringt – etwa gegen «goldene Fallschirme». Aber mit ihr werden die Löhne nicht begrenzt. Die Delegierten fassten grossmehrheitlich bei zwei Gegenstimmen die Ja-Parole (Seite 12).

SP gründet Willi Ritschard-Bildungs-Werkstatt (WRB)

Immer mehr Menschen, auch in unserem Kanton, fühlen sich von den Entwicklungen dieser Welt im Kleinen wie im Grossen überfordert. Sie blicken nicht mehr durch und wenden sich ab. So können sie aber keine Bürgerinnen und Bürger mehr sein, die sich um ihr gesellschaftliches Umfeld kümmern und darauf einzuwirken versuchen, es gerechter, freier und demokratischer zu machen. Wie kein anderer verstand es Willi Ritschard als Bundesrat, den Menschen Einblicke in die politischen Zusammenhänge zu verschaffen, so dass sie selber urteilen lernten – eines der vielen Bildungsziele der Linken und eine der Voraussetzungen für politisches Engagement. «Bildung macht frei!»: Dieser Slogan ist sogar älter als die jetzt auch schon 125 Jahre alte SPS. «Die Kantonalpartei nimmt diesen Slogan wieder auf und legt ihn der neuen WRB zugrunde. In einer Werkstätte wird gearbeitet. Dies gilt auch für eine Bildungswerkstätte. Und Arbeit ist oft an-

strengend. Dies gilt ebenso für die politische Bildungsarbeit. Zumal wir überzeugt sind, dass wir unsere politische Urteils- und Handlungsfähigkeit nur dann wieder zurückerobern können, wenn wir in der Lage sind, Grundlagentexte zu Grundsatzfragen zu lesen, zu diskutieren und so miteinander etwas zu verstehen, was einer alleine kaum verdauen kann», so Franziska Roth anlässlich des Parteitages in Olten. Entsprechend – und dies ist ebenso originell wie anspruchsvoll – sind unsere Bildungswerkstätten zu einzelnen Grundsatzfragen jeweils in zwei Teile geteilt: An einem Freitagabend werden jeweils drei vier Autoren beziehungsweise Autorinnen von Grundlagentexten zu Grundsatzfragen vorgestellt und eingeführt, in den folgenden acht Tagen werden die Texte individuell gelesen und am folgenden Samstagmorgen gemeinsam diskutiert und auf ihre Tragfähigkeit zum gemeinsamen Handeln geprüft.

Simon Bürki, Kantonsrat (Biberist)
simon-buerki@bluewin.ch

Weitere Informationen:
www.sp-so.ch / www.wrb-so.ch

2. ANLASS DER WRB

1. Teil: Freitag, 14. November 19.15–22 Uhr
2. Teil: Samstag, 23. November 09.15–13 Uhr
Restaurant Flügelrad in Olten (im Gewölbekeller)

AUS DEM PARTEISEKRETARIAT

1:12-Kampagne – auch bei der kantonalen SP ein Thema

Die kantonalen SP-Delegierten haben anlässlich des Parteitages in Olten grossmehrheitlich die Ja-Parole zur 1:12-Initiative beschlossen. Die Geschäftsleitung hat sich daraufhin intensiv mit dem Projekt auseinander gesetzt und beschlossen, sich der nationalen Dachkampagne anzuschliessen. Teil davon ist die Finanzierung von Praktikumsstellen durch die SPS. Für die SP Kanton Solothurn bedeutet dies während drei Monaten eine 50%-Praktikumsstelle.

Praktikum für 1:12

Ende August hat unsere Praktikantin **Seraina Wepfer** ihre Arbeit im Sekretariat in Solothurn aufgenommen. Seraina ist 24-jährig, im Fricktal im Kanton Aargau aufgewachsen und hat in Fribourg soeben ihr Studium in Sozialpolitik abgeschlossen. Sie wird sich während drei Monaten intensiv mit der Abstimmungsvorlage und dessen Kampagne für gerechte Löhne auseinander setzen und die kantonale SP-Kampagne be-



gleiten. Diese beinhaltet u.a., den Kontakt zu allen Sektionen herzustellen, mit ihnen zusammen gemeinsame Aktionen für 1:12 zu planen und die Koordination der Produkte zu gewährleisten. Dabei geht es um die Plakatierung in allen Regionen des Kantons, die Teilnahme an den nationalen Flyeraktionen, das Leserbriefschreiben, die Planung spontaner Aktionen, die Aktualisierung vorhandener Sektionshomepages und weiteres. Wir freuen uns auf wohlwollende Reaktionen, denn wir kämpfen alle auf der gleichen Seite – gemeinsam für gerechte Löhne.

Wir sind eine Bewegung

Alle Sektionen und Mitglieder sind aufgerufen entsprechend ihren Möglichkeiten mitzuhelfen. Für die nationale Juso-Kampagne stehen insgesamt 250 000 Franken zur Verfügung, im Gegensatz zu den über sechs Millionen Franken der Gegner – ein Nichts. Wir sind jedoch eine Bewegung, die für mehr Gerechtigkeit und für gerechte Löhne kämpft, bestehend aus vielen Menschen, die dazu ihren Beitrag leisten möchten. So haben sich national schon über 8000 Menschen bereit erklärt an ihrem Haus, Balkon oder Gartenzaun eine Fahne aufzuhängen.

Fahne bestellen: Falls auch du bereit bist eine Fahne aufzuhängen, kannst du diese gratis unter <http://1-12.ch/#item=fahne> oder seraina.wepfer@sp-so.ch bestellen. **Unterstützung anbieten:** Falls du dich auch anderweitig für die Initiative engagieren möchtest, kannst du dies unter <http://1-12.ch/#item=engagieren> oder an seraina.wepfer@sp-so.ch mitteilen. Wir freuen uns auf jede Unterstützung!

2015 – Jubiläumsfest 125 Jahre SP Kanton Solothurn

1888 wurde die Sozialdemokratische Partei der Schweiz gegründet. Am 7. September feierten über 3000 Personen in Bern das 125-jährige Jubiläum, darunter viele Mitglieder aus dem Kanton Solothurn; einige davon haben am Solothurner Grillstand tatkräftig mitgeholfen für das leibliche Wohl zu sorgen. Ein herzliches Dankeschön für den grossen Einsatz geht an Bea und Peter Heim, Susanne Schaffner-Hess, Franziska Roth, Fränzi Burkhalter-Rohner, Anna Rüefli, Bea Widmer Strähl, Christine Bigolin, Edwin Loncar, Mathias Stricker, Roberto Zanetti und Philipp Hadorn. 1890 dann wurde die SP Kanton Solothurn gegründet. 2015 wird diese 125 Jahre alt, ein Grund zum Feiern und stolz zu sein! Die kantonale Geschäftsleitung hat beschlossen, im Spätsommer 2015 ein Jubiläumsfest zu organisieren, und wird dazu ein Komitee unter der Leitung von Susanne Schaffner-Hess einsetzen.

Niklaus Wepfer

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn sucht ab 1. November 2013 oder nach Vereinbarung eine/einen

SACHBEARBEITERIN/SACHBEARBEITER BUCHHALTUNG UND SEKRETARIAT

(Beschäftigungsgrad 30%)

Dein Aufgabengebiet umfasst folgende Kernbereiche

Führung der Finanzbuchhaltung mit selbständiger Kontierung und Jahresabschluss, Elektronischer Zahlungsverkehr, Rechnungsstellung, Abrechnung der Löhne und Sozialleistungen (AHV, BVG, Unfall- und Krankentaggeldversicherung), Führung der Mitgliederverwaltung mit einem zentralen Verwaltungssystem, Unterstützung des Parteisekretärs in administrativen Tätigkeiten.

Wir bieten Dir

Zeitgemässe Anstellungsbedingungen und Entlohnung (Arbeitsplatz in Solothurn), selbständige Tätigkeit, vielseitigen Aufgabenbereich in herausforderndem und spannendem Umfeld.

Wir erwarten eine selbständige, engagierte und effizient arbeitende Person mit folgenden weiteren Kompetenzen

Nähe zur und Vertrautheit mit der SP, Übereinstimmung mit deren Inhalten und Interesse an der politischen Arbeit, Teamfähigkeit, Eigeninitiative und Kommunikationsfähigkeit, fundierte Erfahrungen im administrativen Bereich und im Rechnungswesen.

Bewerbungsunterlagen mit Foto bis 30. September an: Niklaus Wepfer, Parteisekretär SP Kanton Solothurn, Postfach 1555, 4502 Solothurn oder per Mail an: niklaus.wepfer@sp-so.ch / bei Fragen erreichbar unter: 032 622 07 77 oder 079 321 71 19

AGENDA

26. September, 19.15 Uhr im Restaurant «Burg» in Balsthal
Sektionentreffen mit Andy Tschümperlin, Chef der SP-Bundeshausfraktion

24. Oktober
Parteitag in Grenchen

1:12

IMPRESSUM

SP Kanton Solothurn
Rossmarktplatz 1
Postfach 1555, 4502 Solothurn
Telefon 032 622 07 77
E-Mail info@sp-so.ch
Adressänderungen bitte direkt an:
linksabo@spschweiz.ch